

Newsletter - 24.09.2018

1. Mahnwache der Flughafenausbauegger in Offenbach am 25. September
2. Hambacher Wald: bundesweite Großdemo am 6.10.
3. Zusatzversorgung für tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen wird neu berechnet
4. „Casa de la mujer“ – unsere Schwester in Nicaragua
5. Arbeitsbedingungen der Schulleitungen und der Schulaufsicht: Frankfurter Erklärung III
6. Aus dem Internet
7. Termine

Rechtliche Hinweise zum Datenschutz auf unserer Homepage: <http://www.gew-offenbach.de/servicemenuue/impresum-und-kontakttdaten/datenschutz/>.

Newsletter abbestellen, Daten löschen und Angaben zum Datenschutzbeauftragten s. unten in der Mail.

1. Mahnwache der Flughafenausbauegger in Offenbach am 25. September

"Durch die Proteste nach Eröffnung der neuen Landebahn unter Druck gesetzt, hatte Ministerpräsident Volker Bouffier am 29.02.2012 in seiner Regierungserklärung den Menschen in der Region versprochen, dass es leiser werden muss und dass es leiser werden wird. Stattdessen wird es aber immer lauter, auch wegen der Billigflieger mit Ryanair an der Spitze, die die Nachtflugbeschränkungen zwischen 23 und 5 Uhr skrupellos ignorieren. Ihnen hat Volker Bouffier in Frankfurt auch noch den Roten Teppich ausgerollt. Sein Gesundheits- und Sozialminister Stefan Grüttner, CDU-Direktkandidat im Wahlkreis Offenbach Stadt, macht sich mehr Gedanken über die Wertschöpfung am Flughafen und die dortigen Jobs als über die NORAH-Studie und die Lärmwirkungsuntersuchungen von Prof. Münzel aus Mainz, die nach seiner Aussage nichts hergeben. Beide treten am Dienstag, dem 25. September 2018, von 17:30 – 19:30 Uhr bei einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung in Offenbach auf. Einlass ist ab 17:00 Uhr. Für die Zeit von 16:45 – 17:30 Uhr ist eine Mahnwache vor dem Eingang zur Messe Offenbach in Höhe der Goethestrasse 10 angemeldet. Jeder, der sich über den Krach am Himmel, den ungebremsten Ausbau des Flughafens, die Aushöhlung der Nachtflugbeschränkung und die zunehmende Zahl der Billigflieger ärgert, ist herzlich eingeladen, Flagge und der CDU die Rote Karte zu zeigen."

Ute Schinke

2. Hambacher Wald: bundesweite Großdemo am 6.10.

Am 6.10. soll eine bundesweite Großdemo stattfinden. Die Demo startet am 12 Uhr am S-Bahnhof Buir in Kerpen bei Köln. Mehr unter www.bund.net/nc/mitmachen/demo-wald-retten-kohle-stoppen.

Der BUND ruft auf: "Den Hambacher Wald retten, den Kohleausstieg durchsetzen – das schaffen wir nur, wenn wir jetzt eine breite Bürger*innenbewegung entstehen lassen. Jung und alt, Menschen von überall in Deutschland müssen sich jetzt zusammenschließen – für unsere Zukunft und für die unseres Planeten. Wir sind bunt. Wir sind friedlich. Wir sind vielfältig. Und wir sind viele. Wir lassen nicht zu, dass der Hambacher Wald für die Kohle sterben muss. Gemeinsam mit Campact, Greenpeace und den Naturfreunden Deutschlands rufen wir zur Demo am Hambacher Wald am 14. Oktober auf."

Die GEW Hessen hat eine Solidaritätserklärung an den BUND gesendet: "Der Landesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen verurteilt das Vorgehen des RWE-Konzerns, obwohl die Kohle-Kommission gerade über den Kohleausstieg verhandelt, auf brutale Art Fakten zu schaffen und den letzten Rest des Hambacher Waldes für den Tagebau abzuholzen. Wir unterstützen den Appell von BUND an Bundesumweltministerin Svenja Schulze, NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, den Hambacher Wald zu retten. Wir erklären uns solidarisch mit allen Aktivist_innen, die Formen des friedlichen, gewaltfreien Widerstands und zivilen Ungehorsams üben."

Campact-Appell: aktion.campact.de/kohleaus/hambach-appell

3. Zusatzversorgung für tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen wird neu berechnet

Für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst wurde im Jahr 2001 die Zusatzversorgung reformiert. Im Rahmen der Umstellung wurde die so genannte Startgutschrift ermittelt. Die Art und Weise, wie diese Startgutschrift berechnet wurde, war von Anfang an in Kritik und Gegenstand mehrerer gerichtlicher Verfahren. Dies galt insbesondere für die Startgutschriften von Kolleginnen und Kollegen, die damals noch keine 55 Jahre alt waren („rentenferne Jahrgänge“).

2017 haben die Gewerkschaften und die VBL die Urteile zu den Startgutschriften abschließend tarifvertraglich umgesetzt und eine Einigung über die Art und Weise einer Neuberechnung erzielt. Die Erhöhungen betragen bis zu 11,11 Prozent der ursprünglichen Startgutschrift. Davon profitieren alle Beschäftigte, die zum Zeitpunkt der Einstellung älter als 20 Jahre waren.

Weitere Informationen unter www.gew-hessen.de/recht/recht-aktuell.

4. „Casa de la mujer“ – unsere Schwester in Nicaragua

Mit 15 älteren Schülern war 1986 Rolf Schützhofer (GEW) als „Brigade Änne Salzmann“ nach Rivas geflogen. Im Rahmen der internationalen Solidarität mit den siegreichen Sandinisten wollten viele spontan entstehende Gruppen in vielen Ländern Europas und Amerikas nicht nur mit Worten helfen, sie wollten an Ort und Stelle arbeiten! So auch der Stadtschülerrat in Offenbach, den Rolf als Verbindungslehrer damals betreute.

Man wohnte bei Familien von nicaraguanischen Kollegen und baute 5 Wochen lang an einem Kindergarten, einer deutsch-schweizerisch finanzierten Erziehungseinrichtung als einem Teil der sandinistischen Bildungsoffensive, von der vor allem die große Alphabetisierungskampagne weltweit bekannt geworden war. Der Bau forderte die 16 Nicht-Bauarbeiter aus Offenbach ordentlich heraus, und ihr Refugium war mittags das Frauenhaus – „Casa de la mujer“ ein Objekt der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE.

Das waren die ersten Schritte zur noch heute bestehenden Partnerschaft mit der GEW vor über 30 Jahren. Damals gab es noch viele Gründe, die Errungenschaften der Revolution – trotz der US-amerikanischen Repression durch die so genannten Contras – als Modell für Entwicklungsländer zu bewundern und entsprechend zu fördern.

Nicaragua verschwand schon vor Beginn des 21. Jahrhunderts aus dem Gesichtsfeld der Medien – und rückte erst im Frühjahr 2018 in der Interessenskala auf die vorderen Plätze: Es entstand eine gewalttätige Protestwelle gegen die Politik des sandinistischen Präsidenten Ortega, die bis heute anhält. In der Bevölkerung wurde die Reduktion einiger wichtiger sozialer Errungenschaften nicht akzeptiert, und aus dem Vorgehen der Polizei gegen Demonstrationen entstand eine beiderseits betriebene Eskalation. Es gab bürgerkriegsähnliche Zustände mit vielen Verletzten und mehreren hundert Toten. Inzwischen sind die Kämpfe abgeebbt ohne eine Lösung oder gar Versöhnung gefunden zu haben. Unsere Medien haben die Vorgänge zum großen Teil als Folge der diktatorischen Entwicklung des Präsidenten dargestellt und noch kaum ein Wort über die mutmaßliche Einflussnahme der Trump-Administration verloren. Die Bevölkerung Nicaraguas selbst ist offensichtlich klar gespalten in Gegner und Befürworter der Politik Ortegas.

Von einer der Befürworterinnen erhielten wir folgende Zuschrift aus Rivas: "Ich vermute, dass Ihr viel Desinformation über Gewalt, Chaos und kriegsähnliche Zustände hier in Nicaragua bekommt: es ist nicht wahr! In der Tat leben wir in einer schlimmen Zeit, in Mai und Juni konnten wir unsere Häuser und unsere Stadt nicht verlassen, weil rechte Putschisten in der Nacht Terror machten. Wir Sandinisten hatten die blanke Angst, weil wir nach der Wahlniederlage 1990 von der rechten Oligarchie genau so in Angst und Schrecken versetzt worden waren. Heute versucht die Rechte wieder mit denselben Methoden die sandinistische Regierung Ortega zu stürzen: extremer Vandalismus und Gewalt, das Abbrennen von Wohnhäusern, Geschäften, Polizeistationen und Rathäusern. Alles wird auch noch übertrieben hohen dargestellt, so hätte es z.B. über 400 Tote gegeben. Es gab tatsächlich Tote, aber mit der übertrieben hohen Zahl werden Meinungen manipuliert und in der Weltöffentlichkeit die Auffassung von Nicaragua als einem zerfallenden Staat erzeugt, so dass eine Intervention aus dem Ausland gerechtfertigt wäre. Diesem Chaos machte Ortega mit dem Einsatz der Nationalgarde ein Ende. Seit der 2. Juliwoche hat sie auch die Barrikaden und andere Blockaden abgebaut und überhaupt das Land befriedet, und so gab es auch keine Toten mehr. Carolina Chamorro Jimenez" (frei übers. W. Ch.)

Von einer nicht regierungsnahen Position aus gesehen schreibt uns auch die Leiterin des Frauenhauses Martha Rosa Bonilla. Ihre Mail erscheint im nächsten Newsletter.

Dr. Wolfgang Christian

5. Arbeitsbedingungen der Schulleitungen und der Schulaufsicht: Frankfurter Erklärung III

Bereits in den Frankfurter Erklärungen vom 21. März und 13. November 2017 haben die Verbände

- Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schulen in Hessen (AGD)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW Hessen)
- Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter (IHS) und
- Vereinigung der Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamten des Landes Hessen e.V. (VHS)

auf die aus ihrer Sicht unzureichenden Arbeitsbedingungen der Schulleitungen und der Schulaufsicht in Hessen nachdrücklich hingewiesen und entsprechende Änderungen angemahnt.

Da sich seit dieser Zeit keine wesentlichen Änderungen ergeben haben, geben die genannten Verbände folgende Erklärung ab:

Im Mittelpunkt jeder schulischen Bildung muss das Lernen und damit verbunden der Unterricht und jede einzelne Schülerin und jeder einzelne Schüler stehen. Gute Bildung braucht Zeit, ausreichende sächliche, räumliche und vor allem personelle Ressourcen. In diesem Sinne ist es mit der Bildung in Hessen schlecht bestellt.

Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Mitglieder der Schulleitung sind in erster Linie Pädagoginnen und Pädagogen, sie sollten sich vorrangig um die Schulentwicklung ihrer Schulen kümmern. Dies ist kaum mehr möglich, weil zu viele Verwaltungsaufgaben von den Staatlichen Schulämtern und dem Hessischen Kultusministerium auf die Schulleiterinnen und Schulleiter abgeschoben wurden. Verwaltungsaufgaben gehören in die Hände von Verwaltungsfachkräften. Die Leiterdeputate für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie die Leitungsdeputate für Schulleitungsmitglieder müssen erhöht werden, damit diese wieder wirksam an der Entwicklung ihrer Schule arbeiten können.

Im Bereich der Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten ist festzustellen, dass bei steigenden Schülerzahlen und der damit verbundenen steigenden Zahl von Lehrkräften die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht steigt, sondern 41,5 Stellen in den Staatlichen Schulämtern mit kw-Vermerken belegt sind und bis 2020 abgebaut werden sollen.

Lehrerinnen und Lehrerinnen erziehen, beraten, unterrichten und betreuen. In diesem Rahmen bekommen sie immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne dass diese mit einer entsprechenden Ressource hinterlegt werden.

Um eine gute Qualität der Lernprozesse sicherzustellen, müssen die Pflichtstunden der Lehrkräfte deutlich gesenkt und muss das Schuldeputat deutlich erhöht werden.

Das Verhältnis von wahrzunehmenden Aufgaben zu den dazu vorhandenen personellen Ressourcen ist sowohl in den Schulen als auch in den Staatlichen Schulämtern unverändert und in hohem Maße unbefriedigend. Die in den vorgenannten Frankfurter Erklärungen getroffenen Feststellungen und Forderungen gelten daher unverändert fort. Die unterzeichnenden Verbände fordern die im Hessischen Landtag vertretenen Parteien auf, entsprechend den in der Veranstaltung vom 17. September 2018 gegebenen Zusagen in der kommenden Legislaturperiode für eine dauerhafte Verbesserung der Personalsituation in den Kollegien, Schulleitungen und der Schulaufsicht zu sorgen. Besonders positiv bewerten die unterzeichnenden Verbände, dass sich alle im Hessischen Landtag vertretenen Parteien für eine zeitnahe Einrichtung einer unterstützenden Verwaltungsinstanz für alle Schulformen an den Schulen einsetzen wollen.

Zu den notwendigen Verbesserungen gehören neben der Verbesserung der Personalausstattung durch zusätzliches Personal auch eine qualifizierte Begleitung des bereits vorhandenen Personals, für das seit Jahren kein oder nur ein höchst unzureichendes Angebot existiert.

Es wurde deutlich, dass alle Parteienvertreter sich für einen Ausbau im Bereich der Digitalisierung einsetzen wollen. Seitens der unterzeichnenden Verbände wird eine zeitnahe und landesspezifische digitale Implementierungsstrategie gefordert.

Die unterzeichnenden Verbände fordern darüber hinaus mit der gebotenen Deutlichkeit die Einhaltung des in Art. 33 Abs. 2 GG verankerten Grundsatzes der Bestenauslese bei der Besetzung von Stellen im Geschäfts- und Verantwortungsbereich des Hessischen Kultusministeriums.

Frankfurt/Wiesbaden, den 17. September 2018: Annette Greilich für die AGD, Birgit Koch für die GEW, Matthias Doebel für den IHS, Herbert Daubner für die VHS

6. Aus dem Internet

GEW Offenbach bei facebook: <https://www.facebook.com/GEW-Offenbach-171717139526396/>

GEW-TV-Sendungen online: <https://vimeo.com/user3759090>

Homepage des GEW-Bezirksverbands Südhessen: <http://www.gew-suedhessen.de/home/>

7. Termine

Der Heinrich Heine Club lädt ein am 15.10.

Ich bin ein Migrant - Lieder über Menschen unterwegs, gestern und heute von Gabriele Kentrup (Gesang) und Britta Elschner (Klavier). Beginn 19.30 Uhr/Einlass 19.00 Uhr, Theateratelier, Bleichstraße 14H in Offenbach. Eine gemeinsame Veranstaltung von IGM Offenbach und Heinrich-Heine-Club. www.heinrich-heine-club.de

Film- und Diskussionsabend zu prekärer Beschäftigung und fairer Mobilität am 18.10. in Offenbach

Volkshochschule Offenbach, Berliner Straße 77, Offenbach, 18.00 – 21.30 Uhr
Filmvorführung "It's a free world" von Ken Loach zu den Arbeitsbedingungen von (meist osteuropäischen) Wanderarbeitern in Großbritannien. Anschließend Diskussion zur gleichen Problematik im Rhein-Main-Gebiet mit Vertretern des Vereins "Faire Mobilität".
Veranstalter: Der Senioren-Arbeitskreis des DGB Offenbach in Zusammenarbeit mit "Arbeit und Leben"

Das Letzte

America is the only country that went from barbarism to decadence without civilization in between.

Oscar Wilde

Hinweise

Wir erklären ausdrücklich, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der Seiten haben, auf die per Link verwiesen wird. Rechtlich distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten und machen uns ihre Inhalte nicht zu eigen. Wenn Sie diesen **Newsletter** in Zukunft nicht mehr bekommen wollen, können Sie ihn **abbestellen**, indem Sie auf "antworten" klicken und ins Betreff schreiben: "Bitte keinen Newsletter mehr zusenden". Mit der Löschung werden auch die im E-Mail-Kontakt gespeicherten Daten (Mailadresse und soweit vom Empfänger freiwillig angegeben, auch Name und Schule/Betrieb, ggfs. mit Ort) gelöscht.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Kreisverbände Offenbach-Stadt und Offenbach-Land

www.gew-offenbach.de

Michael Köditz
Am Entensee 20
63075 Offenbach

Datenschutzbeauftragter: Wolfgang Schwanz, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, info@gew-hessen.de.